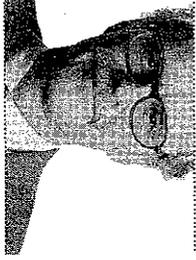


Leistungslohne für Politiker?

Auf den ersten Blick eine verlockende Idee, auf den zweiten Blick gefährlicher Unsinn



Bruno S. Frey

Die Idee, Löhne nach der erbrachten Leistung auszurichten, wird auf immer neue Gebiete ausgedehnt. Neuerdings sollen auch Parlamentarier und Mitglieder der Regierung einen monetären Anreiz erhalten, sich mehr anzustrengen. «Wer erfolgreich ist, soll auch mehr verdienen», heisst die Lösung. Wer versagt, soll es umgekehrt auch beim Einkommen spüren.

Kürzlich hat ein Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tat vorgeschlagen, die Parlamentarier im sächsischen Landtag sollten umso höhere Diktien erhalten, je höher das Wirtschaftswachstum und der Bildungsstand der Kinder und je tiefer die Kriminalitätsrate seien.

Auf den ersten Blick erscheint die Idee einer Leistungsentlohnung für Politiker und Politikerinnen durchaus attraktiv. Schliesslich ist es für uns alle wichtig, wie sie sich verhalten. Wir wünschen uns, dass sie sich entschieden für unsere Belange einsetzen. Eine etwas tiefer gehende Betrachtung zeigt jedoch, dass diese Idee völlig verfehlt ist. Leistungslohne für Politiker sollen auf gar keinen Fall eingeführt werden.

Es lassen sich drei wesentliche Gründe dagegen anführen:

– Das erste Problem besteht in der Bestimmung der Leistung. Politikern Leistungslohne zu bezahlen, wäre nur dann sinnvoll, wenn die Leistung tat-

sächlich den einzelnen Personen zurechnet werden könnte. Betrachten wir einmal die Situation für den französischen Präsidenten. Angenommen, das Sozialprodukt steige um einige Milliarden Euro. Ist der Präsident tatsächlich dafür verantwortlich? Sicherlich nicht; Wirtschaftswachstum ist das Ergebnis der Anstrengungen von vielen Millionen von Personen. Dann fragt sich auch sofort: Welchen Anteil an dieser Milliardenzunahme soll der Präsident erhalten? Zehn Prozent, ein Promille oder noch weniger? Die gewählte Zahl ist völlig willkürlich und lässt sich auch mit Hilfe der besten Forschung nicht bestimmen. Und was ist, wenn das Sozialprodukt zurückgeht? Soll dann der Präsident der Bevölkerung Geld zurückzahlen? Oder ist er plötzlich dafür nicht mehr verantwortlich (wir kennen das Argument von den von Leistungslohnen profitierenden Managern). Ganz ähnliche Probleme treten auf, wenn der französische Präsident auf Basis der Veränderung der Arbeitslosigkeit und der Inflation bezahlt würde. Auch hier ist keine auch nur einigermaßen vernünftige Zurechnung möglich.

– Leistungslohne für Politiker und Politikerinnen sind zweitens deshalb eine schlechte Idee, weil sie deren

Anreize in eine ungute Richtung verzerrten. Werden die Mitglieder der Parlamente und der Regierung gemäss dem Sozialprodukt oder einem anderen Konjunkturindikator (etwa dem Ausmass an Arbeitslosigkeit) entlohnt, erhalten sie einen starken Anreiz, die Konjunktur entsprechend zu manipulieren. Als einfachste «Lösung» können einfach die entsprechenden Indikatoren verfälscht werden. Das statistische Amt würde unter starken Druck geraten, Zahlen zu liefern, die den Politikern ein höheres Einkommen verschaffen. Ist diese Möglichkeit ausgeschöpft, können die Politiker auch künstlich die Konjunk-

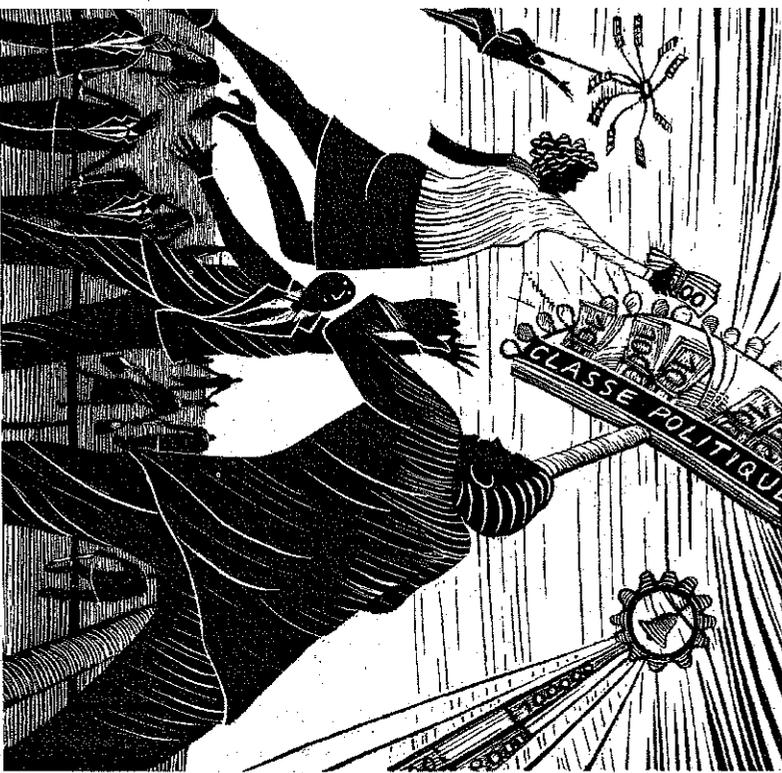


ILLUSTRATION: GABY KOPP

tur ankurbeln. Die Staatsausgaben können dazu hochgefahren und die Steuern gesenkt werden, und die darauf folgenden negativen Konsequenzen nach dem Prinzip des «Après nous le déluge» verdrängt werden.

Ein Leistungslohn für Politiker würde den Trend zu politisch motivierten Konjunkturzyklen verstärken.

lich anzugehen. Ein Leistungslohn richtet die Aufmerksamkeit auf die entsprechende monetäre Vergütung. Was zählt, ist das mit einer politischen Handlung zusammengehende Gehalt und nicht die Sache an sich. Ein Leistungslohn hätte auch einen unerwünschten Selektionseffekt: Leute werden sich in die Politik drängen, die ausschliesslich oder zumindest hauptsächlich am Geld interessiert sind; denn den Politikern ist auf der Ebene der Institutionen ein Entscheidungsspielraum gegeben, der nur durch sachlich motivierte Personen sinnvoll ausgefüllt wird.

Die heute bestehende Lösung, den Mitgliedern von Regierungen und Parlamenten feste Gehälter auszurichten, ist sinnvoll. Das Gleiche gilt auch für die Mitglieder der Notenbank und der Gerichte. Gerade bei den Gerichten wird der Unsinn einer Leistungsentlohnung besonders deutlich. Wie soll eine Richterin bezahlt werden? Etwa nach der Zahl der gefällten Urteile? Oder gar nach den Jahren verhängter Freiheitsstrafen?

Ein Verzicht auf Leistungslohne bedeutet aber nicht, dass man Politiker schlecht bezahlen soll. Vielmehr sollte auf das Verhältnis von Angebot und Nachfrage geachtet werden. Solange sich genügend qualifizierte Personen regelrecht in politische Ämter drängen, ist das Gehalt ausreichend hoch. Nur wenn sich zu wenige oder viele offensichtlich ungeeignete Personen dafür bewerben, ist eine Gehaltsanhebung angemessen. Allerdings sollte gleichzeitig geprüft werden, ob nicht die Arbeitsbedingungen und die zu erfüllenden Aufgaben verändert werden sollten, um eine politische Tätigkeit wieder attraktiv zu gestalten.

Bruno S. Frey ist Professor für Volkswirtschaftslehre am Institut für empirische Wirtschaftsforschung der Universität Zürich.